

Dienstag, 3. April 1973

„Bürger verschaukelt?“

Die beiden SPD-Kreistagskandidaten Adolf Bruder, Zell-Weierbach, und Willi Hilzinger, Griesheim, richten wegen der Ausklammerung Ortenbergs aus dem „Modell Offenburg“ einen offenen Brief folgenden Inhalts an den CDU-Landtagsabgeordneten Robert Ruder.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die verschiedenen Reaktionen auf den von Herrn Innenminister Schiess vorgelegten Zielplanungsentwurf sind Ihnen aus der Presse und aus persönlichen Gesprächen sicher zur Genüge bekannt. Wer die Sache einigermaßen nüchtern betrachtet, muß zu dem Schluß kommen, daß für die vorgesehene Sonderbehandlung der Gemeinde Ortenberg keine triftigen Gründe vorliegen, ja, daß sie den Grundsätzen der Zielplanung im Umlandbereich von Mittelstädten geradezu widerspricht. Darüber ist schon genügend gesagt und geschrieben worden. Eine — durchaus verständliche — Verärgerung haben die Pläne der Landesregierung vor allem bei den Bürgern der früher selbständigen Gemeinden ausgelöst, die sich s. Zt. zu der Erkenntnis und Überzeugung durchgerungen hatten, daß ein Zusammengehen mit der Stadt für die Entwicklung des gesamten Raumes die einzig sinnvolle Lösung ist. Selbstverständlich wurde auch die „Gunst der Stunde“ genutzt, um aus dem von der Regierung bewußt geschaffenen finanziellen und gemeindeverfassungsmäßigen Anreiz (Sonderzuweisungen, Ortschaftsverfassung) Nutzen zu ziehen. Wer die damaligen Zielvorstellungen kannte, dem war klar, daß die Gemeinden um Offenburg — die „Halskrause“, zu der auch Ortenberg zählen sollte, fand ja nicht die Billigung der Landesregierung — nur gemeinsam unter einem Aspekt gesehen werden konnten. Es ging also, wie Sie früher selbst gegenüber verschiedenen Gemeindeoberhäuptern geäußert hatten, nicht mehr um das „Ob“, sondern nur noch um das „Wie“, das heißt, ob jetzt freiwillig oder — zu einem damals noch etwas ferner liegenden Zeitpunkt, unter Zwang. Sollten sich nun die Bürger angesichts des „Alleingangs“ von Ortenberg nicht „verschaukelt“ fühlen?

Es geht hier weniger um eine faire oder unfaire, sondern um eine unter dem Gesichtspunkt des öffentlichen Wohls vernünftige Lösung. Sachgerechte oder politische Entscheidung — darin darf doch sicherlich keine Alternative gesehen werden! Wenn aber schon von „Fairneß“ gesprochen werden soll, dann darf sie wohl von der Landesregierung gegenüber den Bürgern der Offenburger Stadtteile erwartet werden.

Die Offenburger CDU, sowohl auf der Stadt- wie auf der Kreisebene, hat eine eindeutige Haltung eingenommen; sie hat sich nachdrücklich für eine Zuordnung Ortenbergs zur Stadt im Wege der Eingliederung ausgesprochen.

Die Entscheidungen werden jedoch im Landtag fallen. Es wird nachzuweisen sein, ob der Vorschlag der Landesregierung in seiner jetzigen Form tatsächlich eine sachgerechte und vom Gedanken der Gesamtentwicklung des Raumes Offenburg getragene Lösung ist. Insbesondere die Bürger der eingegliederten Stadtteile Offenbergs werden die Verhandlungen aufmerksam verfolgen. Sie erwarten von Ihnen eine klare Stellungnahme, wenn es im Parlament „zum Schwur“ kommen wird. Dürfen sie damit rechnen, daß ihre Aufgeschlossenheit für die notwendigen Reformen und ihr in die Zukunft gerichtetes Verantwortungsbeußtsein nun nicht durch eine „politische“ Entscheidung mit Füßen getreten wird? Werden Sie, sehr geehrter Herr Abgeordneter, sich für eine Eingliederung Ortenbergs nach Offenburg einsetzen? Teilen Sie die Meinung der Offenburger CDU-Gremien?

Wir wären Ihnen für eine Antwort auf diese Fragen dankbar.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Adolf Bruder
Willi Hilzinger